



Bericht zur Konjunkturlage in den neuen Bundesländern: Datenlage

Aktuelle Daten zur Lage der neuen Bundesländer:	Inflationsrate* (Verbraucherpreisindex)	Arbeitslosenquote (zivile Erwerbspersonen insgesamt) (nicht saisonbereinigt)	Wachstumsrate des realen BIP ⁴⁾ in Preisen v. 1995 (ohne Gesamt-Berlin)	Saldo der Leistungsbilanz (in Mrd. Euro) ¹⁾ (Gesamtdeutschland)	Zinssatz (Umlauffrendite) (Gesamtdeutschland)
1995	1,9%	14,0%	4,5%	-19,8	6,5%
1996	1,9%	15,7%	3,2%	-10,6	5,6%
1997	2,3%	18,1%	1,6%	-8,1	5,1%
1998	1,1%	18,2%	0,4%	-11,1	4,5%
1999	0,4%	17,6%	2,4%	-22,2	4,3%
2000	1,7%	17,4%	1,5%	-28,5	5,4%
2001	2,9%	17,5%	0,0%	+1,0	4,8%
2002	1,1%	18,0%	-0,2%	+48,9	4,7%
2. Quartal 2002	0,9%	17,9%		+9,8	5,0%
3. Quartal 2002	0,6%	17,6%		+10,0	4,5%
4. Quartal 2002	0,7%	17,6%		+18,8	4,2%
1. Quartal 2003	0,8% ³⁾	19,7%		+9,6	3,7%
2. Quartal 2003	0,6% ³⁾	18,7%			3,5%
April 2003	0,7% ³⁾	19,1%		+3,1	3,8%
Mai 2003	0,4% ³⁾	18,6%			3,5%
Juni 2003	0,7% ³⁾	18,3% ²⁾			3,3%

Quelle: Deutsche Bundesbank Monatsberichte + saisonbereinigte Wirtschaftszahlen und eigene Berechnungen * Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum

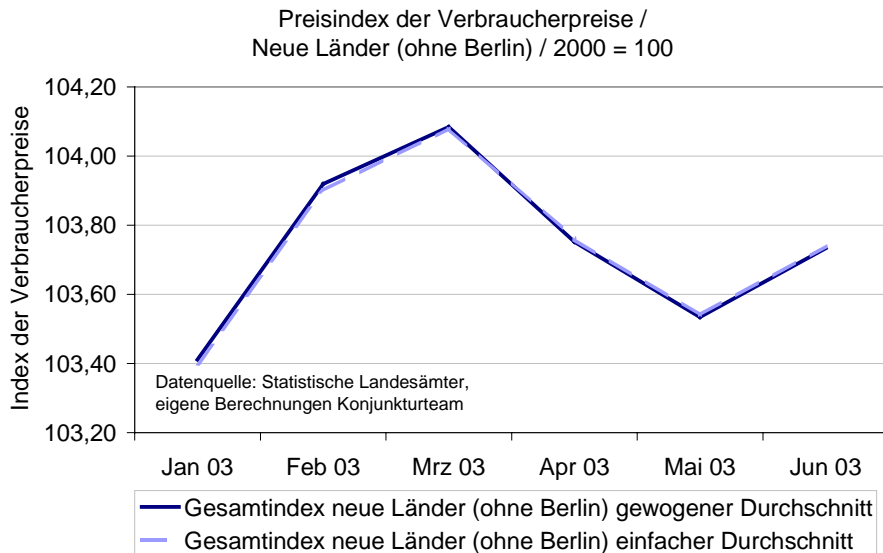
¹⁾ Im Rahmen der Revision der Leistungsbilanzdaten von 1999 wurden methodische Änderungen vorgenommen, Deutsche Bundesbank Monatsbericht März 2003 ²⁾ Bundesanstalt für Arbeit; Pressemitteilung v. 08.07.03 ³⁾ eigene Berechnung Konjunkturteam als gewichteter Durchschnitt über die fünf neuen Bundesländer ohne Berlin ⁴⁾ Werte vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ 03.04.03

Lageanalyse 2. Quartal 2003:

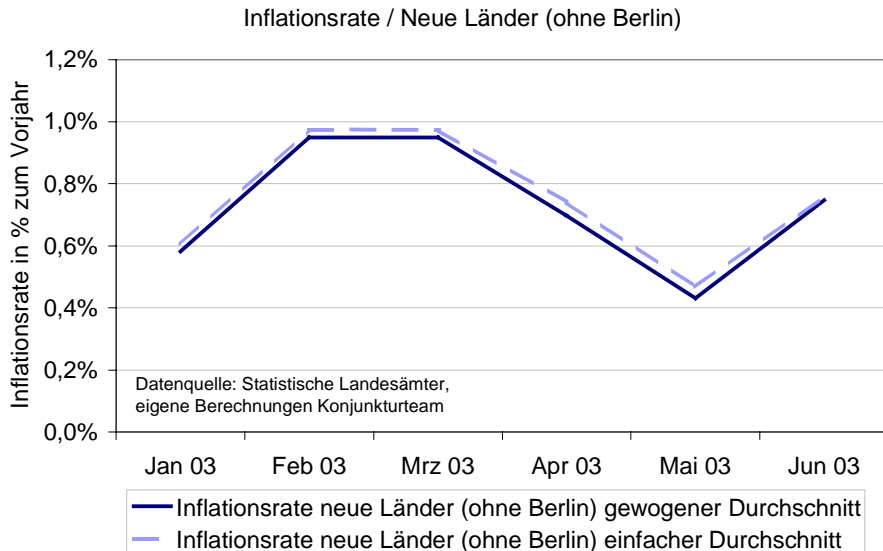
• **Inflationsrate: 0,6% im Quartal**

Die Preisentwicklung steht nach der Warnung vor deflationären Tendenzen in der BRD durch den IWF und der OECD im besonderen Fokus. Die vierteljährliche Inflationsrate für die neuen Länder verharrt seit einigen Quartalen (Vgl. Tabelle) unterhalb der 1 Prozentmarke. Im zweiten Quartal betrug sie 0,6% und signalisiert somit nur einen geringen Preisauftrieb. Es gilt festzuhalten, dass die Zuwächse im abgelaufenen und den Quartalen zuvor stets positiv waren, was für sich genommen gegen eine Deflation spricht. Erst negative Inflationsraten wären ein Zeichen für Deflation. Die Entwicklung in den Monaten Mai und Juni war überwiegend von den saisonalen Preisschwankungen bei Obst und Gemüse und vom Preisrückgang der Mineralölzeugnisse beeinflusst. Auch hatte die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar einen preisdämpfenden Einfluss.

Mit der Indexumstellung auf das Basisjahr 2000 und der Neugewichtung des Warenkorbs wurde die Veröffentlichung eines Verbraucherpreisindex für die neuen Länder durch das Statistische Bundesamt eingestellt. Um dennoch die Verbraucherpreisentwicklung in den neuen Ländern zu erfassen, wird seitdem Jahresanfang durch das Konjunkturteam ein eigenständiger Index berechnet. Auf Basis der veröffentlichten Verbraucherpreisindizes der fünf ostdeutschen Bundesländer werden mittels Durchschnittsbildung zwei Preisindizes für die neuen Länder berechnet. Der einfache Index ist das arithmetische Mittel aus den fünf Indexwerten eines Monats. Für den gewogenen Index wird angenommen, dass ein Preisanstieg in einem bevölkerungsreichen Land mehr Gewicht im Preisindex besitzen sollte als ein Anstieg in einem weniger stark bewohnten Bundesland. Aus diesem Grund werden bei der Durchschnittsbildung die fünf Preisindizes mit der durchschnittlichen Einwohnerzahl im Jahr 2002 des jeweiligen Landes gewichtet. Relativ bevölkerungsreich ist der Freistaat Sachsen (31,9%), der demzufolge ein hohes Gewicht besitzt, gefolgt von Brandenburg (18,9%), Sachsen-Anhalt (18,8%) und Thüringen (17,6%), wogegen das Gewicht von Mecklenburg-Vorpommern (12,8%) geringer ausfällt.



Der gewogene und der einfache Index der Verbraucherpreise für die neuen Länder sind in einer Grafik abgebildet. Seit Jahresanfang laufen beide Preisindizes nahezu deckungsgleich und bilden die derzeitigen Preisniveauänderungen für die neuen Länder gleichermaßen gut ab. Die Abweichungen liegen im Bereich der zweiten Zahl nach dem Komma. Die Inflationsrate berechnet sich aus der Preisniveauänderung gegenüber dem Vorjahr.



Die monatlichen Inflationsraten für den gewogenen und den einfachen Preisindex werden ebenfalls in einer Grafik erfasst. Auffällig ist in der Grafik, dass die Rate für den gewogenen Index derzeit permanent unter der Rate des einfachen Indizes liegt. Ursächlich hierfür ist die verhältnismäßig geringe Inflationsrate in Sachsen, die jedoch im gewogenen Index eine höhere Gewichtung erhält als im einfachen Index. Allerdings betragen die derzeitigen Abweichungen zwischen 0,01 bis 0,04 Prozentpunkte. Die vom Konjunkturteam berechnete Inflationsrate für die neuen Länder signalisiert einen geringen Preisauftrieb. Die Inflationsraten liegen in diesem Jahr sowohl unterhalb der 1 Prozentmarke als auch unter den gesamtdeutschen Inflationsraten.

- **Arbeitslosenquote: Sinkende Arbeitslosenquote**

Mit 18,7% lag die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen im dritten Quartal diesen Jahres nahe bei der von uns aufgestellten Prognose im letzten Konjunkturbericht. Waren im April noch 19,1% aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, so konnte zum Vergleichsmonat Juni ein Rückgang von 0,8 Prozentpunkte auf 18,3% verzeichnet werden. Saisonbereinigt waren im Juni 2003 gegenüber dem Vormonat 15.000 Arbeitslose weniger registriert. Laut Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ist dies ein Zeichen dafür, dass die Hartz-Reformen, bundesweit betrachtet, erste Wirkungen zeigen. Alarmierend ist aber die Tatsache, dass die Anzahl der Langzeitarbeitslosen im Juni um 16% gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Die derzeit 666.800 Langzeitarbeitslosen verkörpern 41,2% aller registrierten Arbeitslosen.

- **Wachstumsrate des realen BIP: Alles relativ**

Noch kann nicht von einer weltweiten konjunkturellen Belebung gesprochen werden. Europa und speziell Deutschland leiden mehr oder minder an einer Stagnation, welche auch durch die EURO-Stärke bedingt ist. Die Hoffnungen waren

bislang auf das zweite Halbjahr 2003 gerichtet. Auch die Wirtschaft in Ostdeutschland bekommt dies seit längerem zu spüren. Der Anteil der Auslandsumsätze an den gesamten Umsätzen der Industrie ist auf etwa 25% (1995 = 12%) gestiegen, so dass auch die hiesige Wirtschaft immer stärker von der weltweiten Konjunkturentwicklung abhängig wird. Dennoch scheinen es die ostdeutschen Unternehmen zu schaffen, dem Trend zu widerstehen. Stiegen die Auslandsumsätze im Jahr 2002 um durchschnittlich etwa 4%, so wuchsen sie in den ersten fünf Monaten um 5,7%. Der Erfolg wird auch im Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Industrieumsätzen deutlich. Noch 1996 betrug der Anteil der ostdeutschen Umsätze an den westdeutschen 6,8%, 2002 immerhin 8,4% und in den ersten fünf Monaten 8,9%. Obwohl die Entwicklung der ostdeutschen Industrie gedämpft ist, ist sie im Vergleich zur westdeutschen eindeutig besser. Diese Erfolge reichen allerdings nicht, um die Probleme im Bau, die noch bestehen, wirklich zu kompensieren. Der Anstieg der Produktion im produzierenden Gewerbe fällt in den ersten fünf Monaten nur sehr gering aus, ist damit aber dennoch höher als im Vorjahr.

Das Verarbeitende Gewerbe

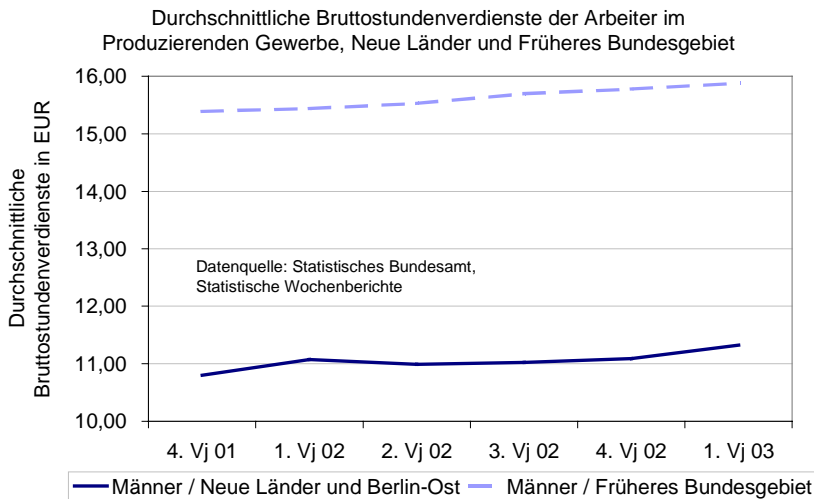
Für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe (VG) verliefen die ersten fünf Monate in diesem Jahr durchaus erfolgreich. Bei den gesamten Umsätzen konnte ein Anstieg um 5,7% auf 44,6 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnet werden. Hierbei legten die Zuwächse aus dem Ausland (6,9%) stärker als die im Inland (5,2%) zu. Auf den Gesamtumsatz bezogen, vereinen jedoch die inländischen Umsätze den größeren Anteil. Allerdings nimmt deren Anteil zugunsten des ausländischen Anteils permanent ab. Der relativ robuste Konjunkturverlauf im VG schlägt sich auch in den Beschäftigtenzahlen nieder. Im Mai 2003 zählte das VG 631.554 Beschäftigte, was gegenüber dem Mai 2002 ein Anstieg um 0,5% bedeutet. Auch im Mittel der ersten fünf Monate des Jahres konnte die Zahl der Beschäftigten um 0,4% zulegen.

Die Bauwirtschaft

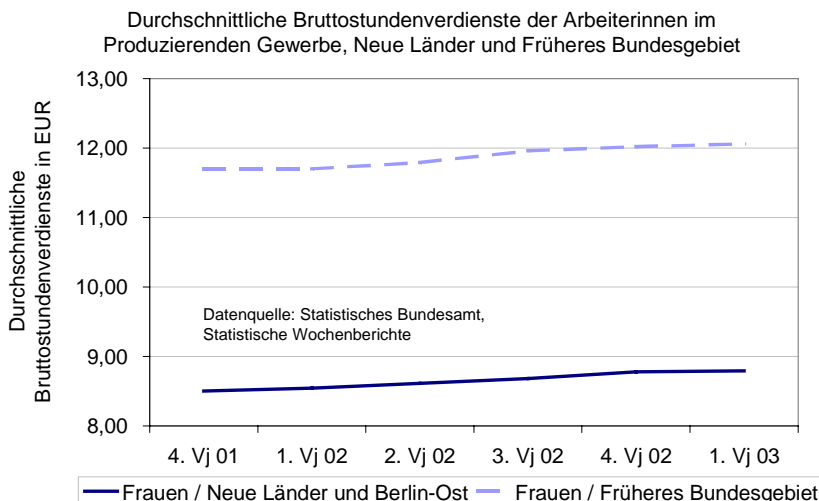
Der erwartete positive Trend des letzten Prognoseberichts konnte in diesem Quartal in fast allen Sparten der Bauwirtschaft festgestellt werden. So hat sich das allgemeine Geschäftsklima im ostdeutschen Bauhauptgewerbe "spürbar aufgehellt". Probleme traten hingegen im Bereich der Produktion auf. Insbesondere klagen viele Baufirmen über Auftragsmangel und ungenügende Geräteauslastung. So sank die Geräteauslastung der am ifo-Konjunkturtest teilnehmenden Firmen saison- und witterungsbereinigt auf 71%. Im Juni 2002 erreichte die Kapazitätsauslastung aber nur 66%. Innerhalb der letzten sechs Monate konnte sich die Reichweite der Auftragsbestände auf einen halben Monat erhöhen und erreichte so durchschnittlich 2,3 Monate. Gleichzeitig nahm die Zahl der unzufriedenen Testteilnehmer von 61% auf nur noch 43% ab. Auch im Hochbau sind positive Stimmen zu vernehmen. Doch sind "immer noch knapp die Hälfte" der im Wohnungsbau bzw. öffentlichen Hochbau agierenden Unternehmen mit der aktuellen Geschäftslage unzufrieden. Mehr als jede zweite Unternehmung (53%) klagt über Produktionsbehinderungen, doch lag die Geräteauslastung mit 66% höher als noch vor einem Jahr mit 61%. Die Auftragsreserven stiegen in allen Hochbausparten auf durchschnittlich 2,4 Monate, und so meinte auch "nur noch gut die Hälfte der Unternehmen", dass die Auftragsreserven zu gering wären. Die positive Stimmung teilt auch der Tiefbau. Klagen treten hier ebenfalls vor allem wegen Auftragsmangel auf, doch mit 25% weit geringer als noch im Juni letzten Jahres mit 44%. Dagegen haben sich die Auftragsbestände von 2,4 auf 2,3 Monate Reichweite leicht verringert, während sie im Straßenbau von 2,3 auf 2,5 Reservemonate steigen konnten. Und auch im Fertigteilhochbau hat sich die Lage zumindest nicht verschlechtert. Der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten sank zwar von 81% auf 80%, doch waren es im gleichen Monat des Vorjahres nur 73%. Auf 2,7 Monate konnte sich hier die Reserve bei den Auftragsbeständen verbessern (ifo Konjunkturperspektiven 6/2003). Gleichmaßen von einer seit dem Frühjahr zu spürenden "Stimmungsverbesserung" und einer "günstigen" Entwicklung der Geschäftslage, vor allem im Bauhauptgewerbe, sprechen die an der IWH-Umfrage teilnehmenden Unternehmen (Wirtschaft im Wandel 9-10/2003).

Angebotsseitige Faktoren

Die Bruttostunden- und Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe der **Arbeiter/-innen** und Angestellten in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind im 1. Vierteljahr 2003 nominell gestiegen. Die weitere Analyse beschäftigt sich mit den Bruttostundenverdiensten. Diese legten nominell um 2,3% zu und übertrafen die Inflationsrate. (Statistisches Bundesamt, Statistische Wochenberichte, Stand 22.07.03) Somit sind die realen Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen gleichfalls im 1. Vierteljahr gestiegen. Ob der reale Zuwachs auch zu einem realen Nettozuwachs führt, hängt davon ab, inwieweit sich die jeweils individuellen Lohnsteuersätze und Beitragssätze für die Sozialversicherung verändert haben. Die durchschnittlichen Stundenverdienste der Arbeiter sind um 2,3% und die der Arbeiterinnen um 2,9% gewachsen. Die höheren Zuwächse der Arbeiterinnen sind ein Ausgleich für ihren absoluten Verdienstmangel gegenüber Arbeitern. Dadurch wird der relative Verdienstmangel der Arbeiterinnen auf einem konstanten Niveau gehalten. In den neuen Ländern beträgt dieser Anteil 78% der Bruttostundenverdienste der Arbeiter und im früheren Bundesgebiet liegt dieser bei 76%. Somit sind für die relativen Stundenverdienste der Arbeiterinnen zu den Arbeitern, unterschieden nach Ost und West, keine großen Abweichungen festzustellen. Allerdings weicht das absolute Verdienstniveau in den beiden Regionen sowohl für Arbeiter als auch für Arbeiterinnen deutlich von einander ab.



Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst im Produzierenden Gewerbe lag im 1. Vierteljahr 2003 für Arbeiter im früheren Bundesgebiet bei 15,88 € und für Arbeiter in den neuen Ländern bei 11,32 €. Wie schon in den Quartalen zuvor beträgt der relative Stundenverdienst West zu Ost 1,4. Somit könnten für die gleiche Summe der Bruttoverdienste zwei Arbeiter aus dem früheren Bundesgebiet und ungefähr drei Arbeiter aus den neuen Ländern beschäftigt werden. Dieser absolute Kostenvorteil sollte bei gleichen regionalen Produktivitäten eigentlich für die ostdeutschen Unternehmen sprechen. Allerdings erreichen nur wenige ostdeutsche Unternehmen derartige Produktivitäten. Aufgrund eines technologisch veralterten Kapitalstocks liegen häufig noch die Produktivitäten unter denen im Westen. Dann würde der Kostenvorteil bei den Stundenverdiensten allein dazu dienen, den Produktivitätsnachteil zu kompensieren.



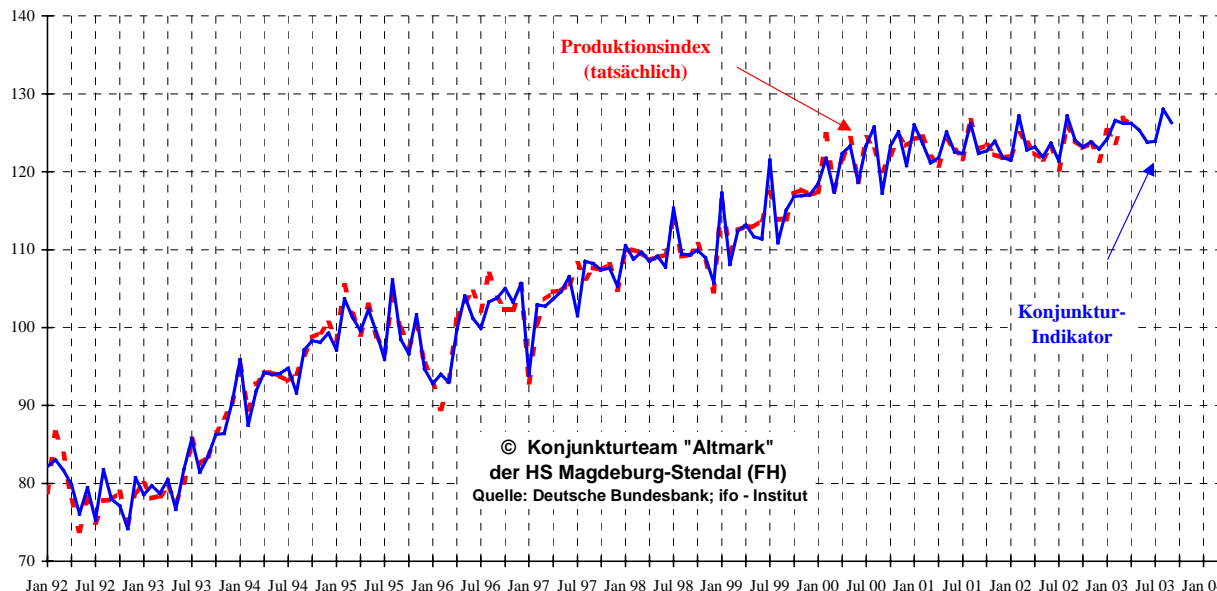
Was zuvor für die Bruttostundenverdienste der Arbeiter gesagt wurde, gilt gleichermaßen für die der Arbeiterinnen. Deren Verdienstverhältnis von West zu Ost liegt ebenfalls bei 1,4. Da zur Zeit der absolute Kostenvorteil für die ostdeutschen Unternehmen spricht, ist die alles entscheidende Schlüsselgröße die Produktivität.

Am 5.6.2003 senkte die EZB den **Schlüsselzins** für die Vergabe von Zentralbankgeld um 50 Basispunkte auf ein historisches Tief von 2,0%. Laut Beschluss des Zentralbankrats betragen die Zinssätze für Übernachteinlagen 1,0% und für Übernachtskredite 3,0%. (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli) Als Grund für diesen Zinsschritt führte Duisenberg die positive Entwicklung der Teuerungsrate in der Euro-Zone und die Risiken der immer noch stagnierenden Konjunktur an. Auf seiner Sitzung im Juli beschloss der EZB-Rat den Leitzins auf dem bisherigen Rekordtief zu belassen. Duisenberg sieht keinen Anlass durch die aktuelle wirtschaftliche Situation den Zins weiter zu reduzieren. Ihm zufolge wird die Konjunktur genügend durch den niedrigen Schlüsselzins gestützt und nun vor Risiken bewahrt. Den nächsten Schritt für die Förderung der Konjunktur erwartet er somit seitens der jeweiligen Regierungen. Die Geldmenge M3, die momentan nur eine untergeordnete Rolle für geldpolitische Entscheidungen spielt, verzeichnete im März ein Wachstum von 8,2% - gleitender Dreimonatsdurchschnitt. (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli) Das Wachstum erreichte einen erneuten Höchststand. Bei Betrachtung der Kapitalmarktzinsen weisen diese hingegen eine abwärtsgerichtete Tendenz auf. Die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere sank von 3,8% im April auf 3,5% im Mai. Anleihen der öffentlichen Hand notieren nach 3,9% im April ebenfalls auf einem Niveau von 3,5% im Mai. Den größten Rückgang mussten jedoch die Industrieobligationen mit 0,6 Prozentpunkten hinnehmen. Im April befand sich der Zinssatz noch bei 5,5% und im Mai war nur eine Verzinsung von 4,9% möglich. (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli)

Prognose:

Konjunkturindex des Konjunkturteams „Altmark“: (Prognose 3. Quartal 2003) Kleiner Hoffnungsschimmer am Horizont

Tatsächliche und geschätzte Entwicklung des Produktionsindex des
Produzierenden Gewerbes der Neuen Bundesländer



Handelsblatt-Konjunkturbarometer Ost: Indikator im Juli leicht gestiegen, Barometer deutet weiterhin auf ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung im Osten (Handelsblatt, 03.07.03)

- **Inflationsrate:** Erwartungen um 1%

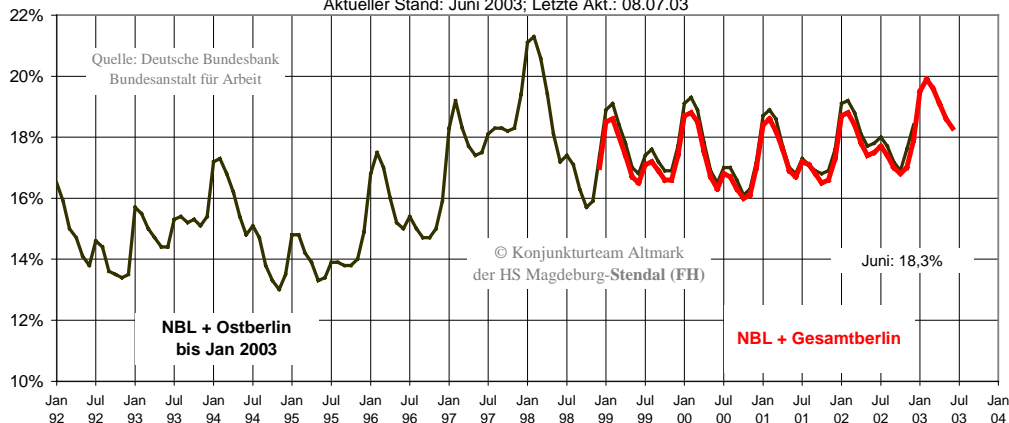
Die zukünftige Inflationsrate sollte nicht wesentlich von der aktuellen Preissteigerungsrate abweichen. Mittelfristig kann es, infolge von sinkenden Ernteerträgen, zu Preissteigerungen bei landwirtschaftlichen Produkten kommen. Dem dürfte eine Preisentspannung bei den Mineralölerzeugnissen gegenüber stehen. Unterstützung könnte vom Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ausgehen, wenn sich das Austauschverhältnis weiterhin über dem Niveau von 1,11 bewegt. An den Kapitalmärkten offenbaren die nominellen Zinssätze nur eine geringe Inflationserwartung der Marktteilnehmer. (Vgl. Zinsen) Dies spricht im Großen und Ganzen für einen geringen Preisauftrieb. Im Durchschnitt erwarten wir eine Inflationsrate um 1% für das 3. Quartal 2003 in den neuen Ländern. Weiter sprechen wir uns klar gegen eine deflationäre Entwicklung in den neuen Ländern aus.

- **Arbeitslosenquote:** Keine wesentlichen Änderungen

Der Vorstandschef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, erwartet erst im kommenden Jahr eine konjunkturelle Entlastung des Arbeitsmarktes. Er begründet dies mit dem Vorziehen der Steuerreform auf 2004, in welchem auch Bundeswirtschaftsminister Clement einen wichtigen Konjunkturimpuls sieht. (Handelsblatt, 09.07.2003 – Nr. 129)

Arbeitslosenquote in den Neuen Bundesländern

in % der zivilen Erwerbspersonen, nicht saisonbereinigt, 7/97 Neugliederung in Berlin;
Aktueller Stand: Juni 2003; Letzte Akt.: 08.07.03

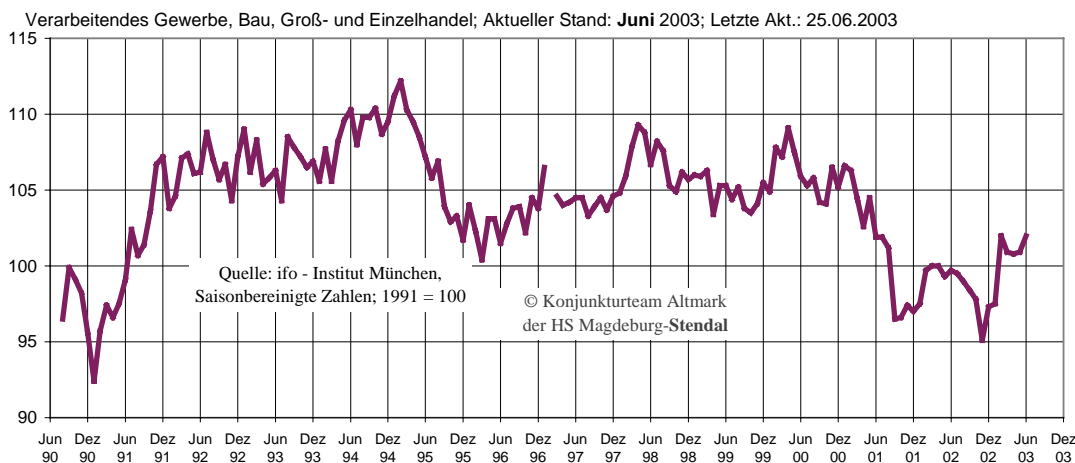


Gegenwärtig soll es in der Bundesrepublik Deutschland ungefähr eine Million offene Stellen geben. Theoretisch bedeutet dies, dass derzeit jeder vierte arbeitslose Bundesbürger einer Arbeit nachgehen könnte. (iwd, Nr. 27, 3. Juli 2003) Auf Grundlage von Daten der Bundesanstalt für Arbeit suchen Unternehmen ihre Bewerber in der Regel selber. Auslöser dafür sind eine schnellere Besetzung der offenen Stellen als diese über das Arbeitsamt erfolgen würde, auch entsprechen die Bewerber eher dem gewünschten Anforderungsprofil. (iwd, Nr. 27, 3. Juli 2003) Da sich der Weg in den (ersten) Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation sehr schwierig gestaltet und saisonal betrachtet unsererseits wenig Einflüsse erwartet werden, gehen wir davon aus, dass die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen des kommenden Quartals nicht wesentlich von der Arbeitslosenquote in diesem Quartal abweicht.

• **Wachstumsrate: Nur geringer Hoffnungsschimmer**

Unseren letzten Prognoseteil hatten wir mit „Belegung möglich“ überschrieben. Auch wir sind enttäuscht worden. Alle Institute revidieren ihre Prognosen nach unten. Die erhoffte Belegung verschiebt sich permanent in die Zukunft. War man noch im April von einem Anstieg der Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern von 1,3% in 2003 und 1,8% in 2004 ausgegangen, so ist die Zahl für 2003 im Frühjahrsgutachten schon auf 0,5% revidiert worden. Nun wurde auch die Wachstumsrate des realen BIP für 2004 auf 1,5% herabgesetzt. (Wirtschaft im Wandel 8/2003 S. 227) Möglicherweise ändert sich diese Einschätzung allerdings nochmals: Denn erstmals seit 1999 waren die Urteile zur Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe im Juni 2003 nicht negativ. (Wirtschaft im Wandel 9-10/2003 S. 306) Für die Stimmung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland wäre es ein Segen.

ifo Geschäftsklima - Index der Gewerblichen Wirtschaft in den Neuen Bundesländern



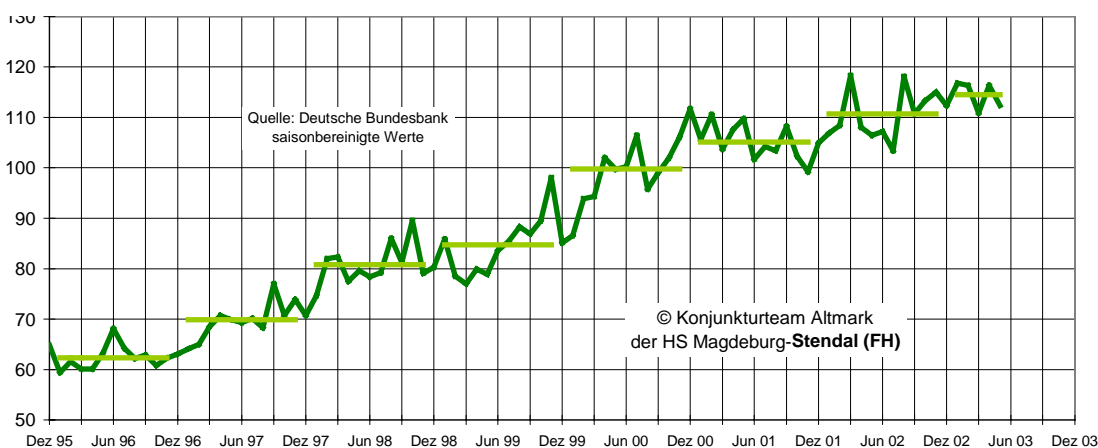
Während der Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft seit Jahresbeginn auf etwa 102 verharret, sind die Erwartungen im Juni stark gestiegen. Es scheint, dass die Zukunft tatsächlich wieder etwas positiver gesehen wird.

Das Verarbeitende Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe (VG) in den neuen Ländern darf weiter Hoffnung schöpfen. Diese beruhen laut dem ifo Institut auf den gestiegenen Geschäftserwartungen für das zweite Halbjahr 2003. Dagegen wurde im Juni die Geschäftslage nochmals schlechter beurteilt als in den Monaten zuvor. Die Umfragedaten des Juni deuten auf eine zunehmende Nachfrageschwäche hin. Innerhalb des VG gibt es jedoch auch positive Äußerungen.

Aufträge in der Industrie der Neuen Länder

Werte ohne MwSt; saisonbereinigt, 2000 = 100; Aktueller Stand: **Mai 2003**, letzte Akt.: **07.07.2003**
Jahresdurchschnittswerte (aktuelles Jahr: vorläufig) und **Monatswerte**



Von der chemischen Industrie wird die Geschäftslage als befriedigend bis gut beurteilt und die Erwartungen deuten auf eine Erholung hin. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe stieg der Geschäftsklimaindex den dritten Monat in Folge. Ein Fünftel der Unternehmen beurteilten die Lage mit gut und kennzeichneten die Geschäftserwartungen durch eine abnehmende Skepsis. Zusammenfassend bleibt für das Geschäftsklima im VG, das sich aus den Lagebeurteilungen und den Geschäftserwartungen zusammensetzt, eine leichte Aufhellung festzuhalten. (ifo Konjunkturbericht 6/2003 S. 13-16)

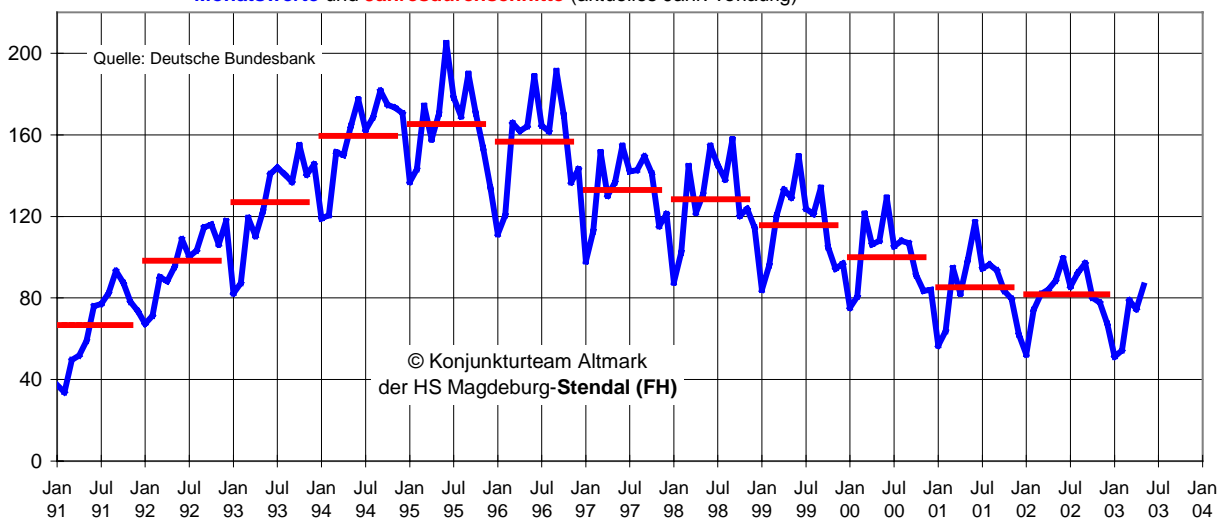
Die Bauwirtschaft

Gegenüber den Aussichten nimmt "die Skepsis sichtlich ab". Die teilnehmenden Firmen aller Bauwirtschaftssparten hoffen sogar, "die Preise leicht anheben zu können". Nur im Fertigteilhochbau kann man den Optimismus bezüglich der Erwartungen für das nächste halbe Jahr nicht teilen. Sie rechnen damit die Preise weiter senken zu müssen (ifo Konjunkturperspektiven 6/2003). Ähnlich positiv gestimmt sind die Teilnehmer der IWH-Umfrage vom Juni 2003. So sieht hier vor allem das Bauhauptgewerbe positive Entwicklungen, während das Ausbaugewerbe für die Geschäftsaussichten nicht mehr ganz so zuversichtlich ist. Es scheint ein von "überwiegend durch Skepsis geprägtes Gesamtbild" zu geben.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der Neuen Länder

arbeitstäglich bereinigt, Werte, 2000 = 100; Aktueller Stand: Mai 2003; Letzte Akt.: 23.07.2003

Monatswerte und Jahresdurchschnitte (aktuelles Jahr: vorläufig)



Inwieweit sich die angekündigte Abschaffung der Eigenheimzulage auf die einzelnen Sparten der Bauwirtschaft auswirken wird, bleibt noch abzuwarten. Im Allgemeinen gehen die Firmen davon aus, dass nun Eigenheimbau und Käufe von Eigentumswohnungen vorverlegt werden. Man muss aber davon ausgehen, dass der positive Trend nur von "vorübergehender Natur" ist, und sich nicht längerfristig halten können wird. (Wirtschaft im Wandel 9-10/2003). Der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), Ignaz Walter, vermutet ebenfalls, dass die deutsche Bauwirtschaft "die konjunkturelle Talsohle frühestens 2004" erreichen wird. Der HDB - Chef verbindet dabei große Hoffnungen mit der Agenda 2010 der Bundesregierung. "Sie sei ein richtiger Schritt", denn die ganze Wirtschaft unterstützen sollte (www.mdr.de vom 04.06.2003).

Angebotsseitige Faktoren

In einem nahezu preisstabilen Umfeld (Vgl. Inflationsrate) sollten die realen Zuwächse bei den Bruttostunden- und Bruttomonatsverdiensten der **Arbeiter/-innen** und Angestellten aufrechterhalten bleiben. Die Bruttoverdienste verkörpern einen Großteil der Lohnkosten auf Unternehmensebene. Um die Lohnkosten je Beschäftigten konstant zu halten, sollten die Bruttoverdienste mit den Produktivitäten wachsen. In einem Umfeld stagnierender Indizes bei Löhnen und Gehältern je Umsatzeinheit und je Produktionseinheit und einem Indexanstieg beim Produktionsergebnis je Beschäftigten im 3. und 4. Quartal 2002 spricht vieles für produktivitätsorientierte Verdienstzuwächse in den neuen Ländern. (Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Stand 22.05.03) Der Ausblick gestaltet sich schwerlich, da zur Zeit noch keine Daten für das Jahr 2003 veröffentlicht wurden. Bleiben jedoch die ostdeutschen Unternehmen von einer weiteren konjunkturellen Eintrübung verschont, spricht einiges für eine weiterhin günstige Entwicklung bei den Lohnkosten. (Vgl. BIP, VG) Die abgeschlossene Tarifrunde in der Eisen- und Stahlindustrie Ost erreichte als Ergebnis die stufenweise Einführung der 35-Std.-Woche (37/ 36/ 35 Std./W. jeweils ab dem 01.04.05/ 01.04.07/ 01.04.09) für die 13.300 Arbeiter/-innen und Angestellten. Nach dem Ende Juni gekündigten Tarifvertrag für den Einzelhandel Ost stehen neue Entgeltregelungen für die 234.000 Beschäftigten im ostdeutschen Einzelhandel an.

Die Ratsentscheidung, die **Leitzinsen** unverändert zu lassen, kommentierte der EZB-Präsident mit folgenden Worten: „Ich kann nicht vorhersagen, wie lange wir auf diesem Kurs bleiben, aber ich würde erwarten, dass es für einen beträchtlichen Zeitraum gilt“. (www.handelsblatt.com, 11.07.03) Damit wollte Duisenberg die Hoffnungen der

Finanzmärkte auf eine demnächst weitere Zinssenkung dämpfen. Allerdings schloss er somit auch eine Lockerung langfristig nicht aus. Bestärkt wird diese Annahme durch eine von ihm bereits im Juni gemachte Aussage: „Weitere Zinssenkungen sind durchaus möglich. Denn die Zinsen im Euroraum liegen noch immer höher als in den USA“. (www.ftd.de, 11.06.03) Auch bei Betrachtung der niedrigen Preissteigerungsrate (Vgl. Preise) stünde genug Handlungsspielraum für eine Zinskorrektur nach unten zur Verfügung. Aufgrund dieser zuletzt öffentlich gemachten Äußerungen der EZB und ihrer bisherigen Geldpolitik rechnen viele Experten erst am Ende des 3. Quartals mit einer Lockerung der Zinsschraube. Dabei gehen die Volkswirte von einem Zinsschritt von 25 Basispunkten aus. Für August prognostizieren wir keine Veränderung der Leitzinsen. Somit gehen wir von unveränderten Refinanzierungskosten in den nächsten Monaten aus. Inwieweit die Bankkunden von einer erneuten Verringerung des Leitzinses profitieren würden, bleibt jedoch abzuwarten, da nur durchschnittlich 3 von 4 Banken ihre gesunkenen Refinanzierungskosten in Form von sinkenden Kreditzinsen weiterreichen. (Spiegel, 11.07.03)

Herausgeber: Mitarbeiter des Konjunkturteams „Altmark“ der HS Magdeburg – **Stendal** (FH):
Brückmann, B. (Inflation L+P, Löhne L+P); Trombska, D. (Arbeitslosigkeit L+P); Patzig, W. (Wachstum L+P); Jacob, R. (VG L+P); Rosenow, A. (Bauwirtschaft L+P); Schützenmeister, M. (Zins L+P); L = Lage und P = Prognose

Redaktion: Bernd Brückmann und Prof. Dr. Wolfgang Patzig

Im Internet: <http://www.stendal.hs-magdeburg.de/project/konjunktur/index.htm> (Schleef, Antje / Schleef, Andreas)

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Wolfgang Patzig

Anschrift: Hochschule Magdeburg- **Stendal** (FH), Osterburger Str. 25, 39576 Stendal
Tel.: 03931 2187-4823, FAX: 03931 2187-4870 oder wolfgang.patzig@stendal.hs-magdeburg.de